



Schicksalsfrage

Wie gelingt eine sichere, landesgerechte Immigration?

Das **Oberste Gericht**, Foto, bestätigte 5:4 Präsident Trumps Order 9645 vom 24. September 2017, die Einreiseverbote aus Tschad (am 10. April aufgehoben), Iran, Libyen, Nordkorea, Syrien, Venezuela und Somalia anwies, da diese Länder nicht minimal Sicherheitsstandards wahrten. Er begann damit kurz nach dem Amtsantritt am 27. Januar 2017. Mit Order 13780 vom 6. März 2017 gab er vor, die 200 Länder zu prüfen. Irak, Syrien, Iran und Sudan galten schon nach Terrorangriffen in Paris 2015 als Risiko, so dass die Administration zuvor Personen von dort in ihren Reisen einer strengeren Untersuchung unterzog (2016 kamen Libyen, Somalia und Jemen dazu). So erhärtete das Oberste Gericht am 26. Juni eine etablierte Praxis. Es wies die Rede zurück, dies sei ein Reiseverbot gegen Muslime, zumal es allein Länder mit acht Prozent aller Muslime sowie mit Nichtmuslimen betreffe. Mit dem Einreiseverbot habe der **Präsident** legal im Zuge seiner Diskretion agiert.



Da es um die Sicherheit im strengen Prüfungsprozess geht, richtet sich dies nicht gegen alltägliche Gläubige, sondern gegen **Aktivist** des Terrors. Bereits im Juli 2017 bejahten 60 Prozent der Wähler dies nach Erfahrungen seit dem ersten Anschlag auf die New Yorker Zwillingstürme – und dann 9/11. Trump will das System der Immigration nach Fähigkeiten regeln. Ein komplexes **Problem**. Von Wahlen abgesehen, bessern sich Aussichten mit seiner Nomination eines weiteren konservativen Obersten Richters, da Anthony Kennedy am 31. Juli aufhört. Jedoch müssen die **Gefahren** auch an ihren **Wurzeln** überwunden werden.

Politik- und Kriegsmiseren

Dem gilt die Suche nach einer **Mittelost**-Regelung, die Trump ins Zentrum rückte. Zu den Säulen des Ansinnens zählt Jordaniens König Abdullah II, der selbst fast eine Million Flüchtlinge aus dem Syrienkrieg aufnahm. Der Präsident betonte am 25. Juni, dieses Land in Reformen zu unterstützen, einen dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern anzustreben und dem argen Einfluss Irans in der Region zu begegnen. Fortschritte gebe es gerade seit er den defekten **Atom**pakt gekündigt habe.



Bis 5. November sollten alle Länder aufhören, Erdöl aus Iran zu importieren. Andernfalls könnten sie Sanktionen treffen. Freilich kam es nicht nur zum Bruch im **Iran**pakt, sondern es gibt Berichte seit 20. Juni, Berlin erhalte für **Teheran** das Swift-Zahlungsnetz. Das würde nicht nur Amerika unterlaufen, sondern Iraner daselbst, die unter dem Regime leiden. Seit dem 25. Juni gibt es Proteste auf dem Großen Bazar, vor Teherans Parlament und in Städten gegen den Verfall des Rials und die Wirtschaftsmisere. Einige skandierten "Helft uns, nicht Gaza" sowie "Raus aus Libanon und Syrien". Das sind die stärksten Aufbegehren seit 2009.

IS in Asien-Afrika

Die Vertreter der Globalen Koalition gegen den Islamstaat, IS, trafen sich am 26. Juni in Marokko, um die Lage zu erörtern. In Syrien sei die IS-Basis ad-Dashisha erobert worden. Syrische und irakische Kräfte kooperieren. Die Anti-IS-Koalition habe jetzt über 7,7 Mio. Menschen befreit, im Irak konnten 3,8 Mio. in ihre Heimat zurückkehren. Wie der US-Sondergesandte Brett McGurk betonte, habe die Koalition in Syriens befreiten Gebieten \$90 Mio. für Stabilisierung und Wiederaufbau eingesetzt. Die Gelder seien angestiegen, nachdem Präsident Trump diese Koalition im April bat, auf dem Gebiet mehr einzuzahlen.

Die Koalition konzentrierte sich auch darauf, gegen die wachsende IS-Präsenz in Afrika zu wirken. Marokko sei das erste Land des Kontinents gewesen, das der Koalition beitrug, 14 seien gefolgt, darunter Guinea und die Gruppe der Sahel-Länder. Die Koalition, die ihre Leitprinzipien in Kuwait im Dezember formulierte, habe heute 77 Partner. Ihr Augenmerk gelte Irak-Syrien, aber auch globalen IS-Ambitionen mit seinen Branchen und Fluchtorten.

Irak

Am 2. Juni fiel im Irak der Kleriker Muqtada as-Sadr auf: Juden Iraks könnten heimkehren, sofern sie Loyalität zeigten. In der alten Kultur lebten 1947 150.000 Juden, oft in Bagdad. Als der erste israelisch-arabische Krieg im Folgejahr begann, wurden viele bis 1951 nach Israel gerettet. Nach dem Krieg 1967 folgten die letzten von ihnen, so dass es dort kaum ein Dutzend gibt. Der Film "Remember Baghdad" erzählt diese Geschichte der Juden Iraks, die am 1. Juni 1941 dem al-Farhud Pogrom von Islamisten (und Nazis) ausgesetzt waren. Daran erinnert seit 1. Juni 2015 der "Al-Farhud-Gedenktag".

Zweistromland vor 100 Jahren



Der Schiite as-Sadr leitet die Koalition, die bei Parlamentswahlen am 12. Mai gewann, die jedoch seit 6. Juni manuell neu ausgezählt wurden. Am 23. Juni alliierte sich as-Sadr mit dem vorherigen Premier Haidar al-Abadi. Obwohl die Wahlen ein Schritt voran waren, herrscht allzu viel Instabilität an Euphrat und Tigris, die schnell zu neuen Umständen führt. Aber wer würde in labile, kaum demokratische Verhältnisse mit den Sektenzwisten ziehen?

Jemen

Krieg tobt im ärmsten arabischen Land, in Jemen. Dort unterstützt Iran die schiitischen al-Huthis, die wieder Raketen auf Saudi-Arabien abfeuerten. Werden diese vom westlichen Flugplatz und Hafen al-Hudaida verdrängt, könnte sich die Lösung in der Metropole Sanaa auf dem Weg einer Befriedung ergeben. Höchste Zeit, das Elend ist dort unbeschreiblich.

Globale Schicksalsfrage

Amerika, Mittelost und Europa, AME, haben ähnliche Probleme. Überall folgen Migrantenströme. Die Schicksalsfrage steht dreifach: a) wie kann man souveräne Grenzen sichern, Neue rasch überprüfen und eventuell abweisen sowie b) jene bejahen, die sich zum Vorteil der Nationen, ihrer Wirtschaft und Kultur einbringen, Grundgesetze und Werte annehmen; und c) Asylanten und Wirtschaftsflüchtlingen Chancen legaler Einwanderungen eröffnen?

Dazu gibt es nationale oder regionale Antworten durch Staaten oder deren Gruppen. Die Wege Amerikas und Europas sind verschieden. Mittelost, in Afrika und Asien eingebettet, führt noch Kriege um Grundfragen, wie man am besten mit dem geringsten Schaden für alle Bürger Länder regiert. In diesem Halbjahr werden viele Weichen gestellt. Hoffentlich tragen die Präsidenten Trump und Putin am 16. Juli in Helsinki bei, Wettrüsten zu bremsen und Konflikte zu regeln.

Wolfgang G. Schwanitz